



14/18 – mitten in Europa

Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen für das 21. Jahrhundert

1 | Der Krieg

14/18 – mitten in Europa

Einleitung

Als das „lange 19. Jahrhundert“ bezeichnet die Geschichtsforschung den Zeitraum von der französischen Revolution 1789 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Die Ausbildung der Nationalstaaten, die Industrialisierung Europas, aber auch die Kolonialisierung großer Teile der Welt in der Phase des Imperialismus fallen in diese Zeit. Analog dazu bezieht sich der Begriff des „kurzen 20. Jahrhunderts“ auf die Epoche von 1914 bis 1989, an deren Anfang der Erste Weltkrieg als „Urkatastrophe“ stand. Die NS-Diktatur, der Zweite Weltkrieg, die Spaltung der Welt in zwei große Machtblöcke und der sogenannte

Kalte Krieg zwischen beiden folgten. Erst die deutsche Wiedervereinigung und der Niedergang der Sowjetunion leiteten das Ende dieser konfliktreichen Ära ein. Doch genauso, wie die Weltpolitik der europäischen Staaten im 19. Jahrhundert genug Konfliktpotenzial anhäufte, um den Ersten Weltkrieg auszubringen zu lassen, wirken dessen Folgen noch über das späte 20. Jahrhundert hinaus. Die Auseinandersetzungen im Nahen Osten und auf dem Balkan in jüngerer Zeit belegen dies. Der Erste Weltkrieg führte aber auch zur Gründung des Völkerbundes, der weitere derartige Katastrophen verhindern sollte und der heute in Gestalt der Vereinten Nationen fortexistiert.



Begeistert für den Krieg:
Junge Freiwillige
Unter den Linden in Berlin

Eine Ausstellung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.



In Kooperation mit:

Wissenschaftliche Begleitung und Beratung

Prof. em. Dr. Gerd Krumeich, Historiker; Prof. em. Dr. phil. Helmut Bley, Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. Michele Baccicchi, Leibniz Universität Hannover; Prof. Rolf Wernstedt, Landtagspräsident a. D., Leibniz Universität Hannover, Vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Niedersachsen; Dr. Martin Stupperich, Niedersächsischer Geschichtslehreverband; Dr. Heinrich-Wilhelm Klupp, Leiter des Europäischen Informations-Zentrums; Gundolf Algermissen, Akademie für Regionale Gewerkschaftsgeschichte Braunschweig; Peter Bülter, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesgeschäftsführer NRW; Roland Behrmann, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesgeschäftsführer Niedersachsen.

Konzept und Text
Nds. Institut für Historische Regionalforschung e.V.
in Kooperation mit Büro Dr. Grohmann

Layout und Satz
orbbreaklab, Hannover

Bildnachweis

Ein Teil der verwendeten Abbildungen ist gemeinfrei und wurde allgemein zugänglichen Quellen entnommen. Die übrigen Bilder entstammen dem Archiv des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. sowie folgenden Publikationen:
Bullhouse, Walter: Zwischen Weimar und Hitler. Sozialdokumentarische Fotografie 1930–1933. München 1981; Bundeszentrale für politische Bildung: Zeitalter der Weltkriege. Informationen zur politischen Bildung 321, 1/2014. Bonn 2014; Kinder, Hermann, Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte Bd. 2. 12. Auflage München 1977; Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hg.): fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Frankfurt am Main 1966; Unser Jahrhundert im Bild (Bertelsmann Lesering). Gütersloh 1964

Vorgeschichte und Kriegsausbruch

Der Imperialismus

Um 1880 begann eine neue Phase der Kolonialpolitik. Am Wettlauf der europäischen Großmächte um die wirtschaftliche und politische Aufteilung der Welt beteiligten sich auch Japan und die USA – das Ziel: die endgültige Entscheidung über Gleichgewicht, Reichtum und Macht der Nationen. Hintergrund dieser Entwicklung waren die Industrialisierung und die Herausbildung des Finanzkapitalismus im 19. Jahrhundert. Die häufig betonte wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte blieb gering. Deutschlands koloniale Aktivitäten nahmen zu, nachdem Wilhelm II. den Thron bestiegen hatte. Zur Maxime der deutschen Außenpolitik wurde das Streben nach Weltgeltung, der Flottenbau galt als Mittel, diese zu erreichen.

Kaiser Wilhelm II. betrieb Weltpolitik. Bei der Verteilung der Kolonialgebiete beanspruchte er für Deutschland einen „Platz an der Sonne“



Das frühe 20. Jahrhundert

Das Machtstreben der europäischen Staaten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert löste eine Abfolge von Krisen und Entspannungsgesuchen aus. Die Bündnispolitik der wichtigsten Akteure – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich-Ungarn und Russland – lief langfristig auf die Bildung zweier Blöcke hinaus. Die „Mittelmächte“ Deutschland und Österreich-Ungarn standen der „Entente“ von Frankreich, Großbritannien und Russland gegenüber. Deutschland, inzwischen die stärkste Industrienation Europas, befand sich in einem Rüstungswettlauf mit Frankreich und Großbritannien. Österreich-Ungarn und Russland waren außenpolitische Kontrahenten auf dem Balkan, der sich zum Krisenherd der Weltpolitik entwickelte.



Kolonialmächte und Kolonien im Jahr 1914

Die Julikrise

Auf dem Balkan hatte der Verfall des Osmanischen Reiches den Aufstieg neuer Nationalstaaten, darunter Serbien, begünstigt. Diese standen dem weiteren Vormachtstreben Österreich-Ungarns im Wege, das auch Italien kritisch sah. Russland wiederum unterstützte Serbien. Am 28. Juni 1914 erschoss der bosnische Student Gavrilo Princip den österreichischen Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, und dessen Frau in Sarajevo. Prinzip war Mitglied einer Geheimorganisation namens „Schwarze Hand“. Diese kämpfte für ein großserbisches Reich unter Einchluss von Bosnien und der Herzegowina. Deutschland sicherte Österreich-Ungarn seine Bündnistreue zu. Dessen weitreichende Forderungen zur Beilegung der Krise lehnte Serbien teilweise ab. Daraufhin erklärte Österreich-Ungarn Serbien am 28. Juli 1914 den Krieg.

Festnahme eines Verdächtigen nach dem Attentat von Sarajevo. Dieses Foto zeigt nicht, wie lange angenommen wurde, die Verhaftung des Attentäters Gavrilo Princip



Linkes Bild
Auf dem Weg in den Krieg:
Aufbruch der Truppen in Paris

Rechtes Bild
Auf dem Weg in den Krieg:
Aufbruch der Truppen in Berlin

Kriegsbeginn und Kriegsverlauf



Kriegserklärungen

Nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien arbeiteten die politische und die militärische Führung Deutschlands gegeneinander. Ein Vermittlungsversuch des Reichskanzlers scheiterte, die Militärs drängten zum Krieg. Die Mobilmachung begann, weitere Kriegserklärungen folgten.



Mobilmachungserklärung mit der Unterschrift Wilhelms II.

1914

1. August: Deutsche Kriegserklärung an Russland
2. August: Besetzung von Teilen Ostpreußens durch russische Truppen
3. August: Deutsche Kriegserklärung an Frankreich, das neutrale Belgien verweigert Deutschland das Durchmarschrecht
- 3./4. August: Einmarsch deutscher Truppen in Belgien
4. August: Ultimative Aufforderung Großbritanniens an Deutschland, die belgische Neutralität zu respektieren; das entspricht einer Kriegserklärung
6. August: Kriegserklärung Serbiens an Deutschland
6. August: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Russland
11. August: Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn
12. August: Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn

Kriegsschauplätze

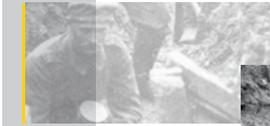
Deutschlands Strategie im Zweifrontenkrieg war, im Westen gegen Frankreich einen schnellen Sieg zu erringen und dann seine Kräfte im Osten gegen Russland zu konzentrieren. Doch der Plan scheiterte, unter anderem weil Belgien sich gegen die Verletzung seiner Neutralität wehrte. Brutale Übergriffe deutscher Soldaten auf die Zivilbevölkerung forderten im August 1914 über 6.000 Opfer und führten zur Massenflucht in die Niederlande und nach Frankreich. Der deutsche Vormarsch stockte, an der Westfront wandelte sich der Bewegungskrieg zum Stellungskrieg, der bis zu seinem Ende im November 1918 keiner Seite mehr wesentliche Geländegewinne erlaubte, aber ganze Landstriche verwüstete und auch die Zivilbevölkerung stark in Mitleidenschaft zog. Im Bewegungskrieg an der Ostfront erzielten die russischen Truppen anfangs schnelle Erfolge. Der deutschen Gegenoffensive und dem Vordringen deutscher sowie österreichischer Truppen konnte Russland langfristig jedoch nicht standhalten. Der Krieg im Osten endete im März 1918. Weitere Kriegsschauplätze waren der Balkan, die Türkei, Italien, der Nahe und Mittlere Osten. Die „Schutztruppen“ in den deutschen Kolonien kapitulierten, mit Ausnahme Deutsch-Ostafrikas, schnell vor der Übermacht der Kriegsgegner.

Europa im Ersten Weltkrieg



Der moderne Krieg

Anders als die vorangegangenen Kriege war der Erste Weltkrieg ein industriell geführter Krieg. Die beteiligten Staaten boten Millionenheere auf und steigerten die Produktion von Kriegsgütern bis zur völligen Erschöpfung ihrer wirtschaftlichen Kapazitäten. Die großen Materialschlachten an der Westfront – bei Ypern, in der Champagne, bei Verdun und an der Somme – zogen sich über Monate hin. Die Verluste an Menschenleben und Material erreichten bislang unvorstellbare Ausmaße. Der „Grabenkrieg“ an der Westfront wurde zum Sinnbild des Ersten Weltkrieges.



Deutsche Soldaten bei der Wiederbesetzung eines Schützengrabens



Kampfflieger Manfred von Richthofen („Der Rote Baron“) mit seinem Dreidecker

Neue Waffen

Die Entwicklung der Schwerindustrie im Zuge der Industrialisierung wirkte sich stark auf die Waffentechnologie aus. Die Firma Krupp entwickelte einen 42-cm-Mörser, die „Dicke Bertha“. Das sogenannte Paris-Geschütz hatte eine bis dahin unvorstellbare Reichweite von 130 km. Fesselballons nutzte man zu Beobachtungszwecken und zum Bombenabwurf. Verbrennungsmotoren ermöglichten nicht nur den Einsatz von Kraftfahrzeugen zu Transportzwecken, sondern auch die Aufnahme von Luftschiffen, Flugzeugen und U-Booten in das allgemeine Kriegswaffenarsenal. Im Verlauf des Krieges kamen an der Westfront die ersten Panzer zum Einsatz. Zur Bewaffnung der Soldaten im Ersten Weltkrieg gehörten aber auch Bajonett, Spaten, Handgranate und Maschinengewehr.

Der Gaskrieg

Als besonders grausame Waffe kam das Kampfgas zum Einsatz. Am 22. April 1915 ließen die Deutschen bei Ypern/Belgien aus Stahlflaschen 150 Tonnen Chlorgas entweichen, das der Wind in die feindlichen Stellungen trieb. Dort starben über 1.200 Soldaten binnen kurzer Zeit. Der deutsche Chemiker Fritz Haber entwickelte dieses moderne Massenvernichtungsmittel, das bald auch die gegnerische Seite verwendete. Die Soldaten erhielten Gasmasken zu ihrem Schutz, aber auch dagegen fand sich bald ein Mittel: ein Zusatzstoff, der den Filter der Maske durchdrang. Er löste einen Reiz aus, der den Träger zwang, die Maske abzunehmen. So konnte das todbringende Gas seine Wirkung doch entfalten. Bald wurde das Kampfgas auch mit Granaten verschossen. Mit einer Art Kontaktglocke konnte man auch ganze Landstriche versetzen, was den Gegner am Vordringen hindern sollte.

Zeitzeuge

Ein britischer Militärgeistlicher beschrieb den deutschen Gasangriff so: „Da sahen wir plötzlich etwas, was unsere Herzen aufhören ließ zu schlagen. Die Franzosen flieher“, riefen wir aus. Eine graugrüne Wolke war auf sie zugekommen und hatte alles, was sie berührte, zerstört und den ganzen Pflanzenwuchs vernichtet. Dann taumelten die französischen Soldaten in unsere Mitte. Sie waren blind, sie husteten, sie leuchteten, ihre Gesichter waren tiefrot, vor Todesangst waren sie sprachlos, und hinter ihnen, in den gasgefüllten Gräben stellten wir fest, dass sie Hunderte von toten und sterbenden Kameraden zurückgelassen hatten.“





14/18 – mitten in Europa

Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen für das 21. Jahrhundert

2 | Staaten im Krieg

Bündnisse und Konstellationen



Der Krieg in den Kolonien: Deutsche Offiziere mit „Askari“ – einheimischen Kolonialsoldaten. Mit Ausnahme Deutsch-Ostafrikas unterlagen die deutschen „Schutztruppen“ den Alliierten in den Kolonien nach relativ kurzer Zeit

Italien
Von 1915 bis 1917 kam es am Grenzfluss Isonzo zu zwölf Schlachten zwischen italienischen und österreich-ungarischen Truppen. Beide Seiten erlitten hohe Verluste, konnten jedoch keinen entscheidenden Durchbruch erzielen. Nach dem Scheitern der letzten großen Offensive 1917 gingen die Kampfhandlungen in einen Stellungskrieg über.



Der Krieg in den Alpen: Trainverkehr

Balkan
Im Oktober 1915 führte die Offensive der Mittelmächte gegen Serbien zur Eroberung Belgrads. Der Schlacht auf dem Ansefeld im November folgten die Eroberung Montenegros im Dezember und der Einmarsch in Albanien im Januar 1916. Der Feldzug gegen Rumänien endete im Dezember jenes Jahres mit der Einnahme von Bukarest.

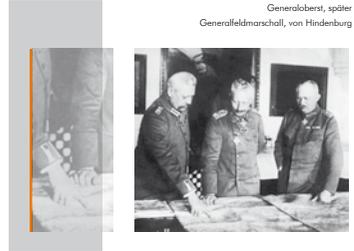
Türkei (Osmanisches Reich)
Der Kampf der Alliierten gegen die Türkei berührte auch den Nahen und Mittleren Osten. Großbritannien annektierte in November 1914 Zypern und erklärte im Dezember Ägypten zu seinem Protektorat. Von dort erfolgten Vorstöße auf das Ostufer des Suezkanals. Briten und Araber eroberten die osmanische Provinz Syrien und die Region, in der später der Irak entstand. Die Besetzung Persiens folgte. Die Dardanellen, eine strategisch wichtige Meerenge zwischen der Ägäis und dem Marmarameer, blieben jedoch in türkischer Hand. Auch Türkisch-Armenien eroberten türkische Truppen nach einem zunächst erfolgreichen russischen Vorstoß 1916 zurück.

Der Krieg in den Alpen: ein österreichischer Marsch



Sichtweisen und Kriegsziele

Kriegsursachen und Kriegsfolgen
Die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges sind vielschichtig und die Frage nach der Kriegsschuld ist nicht eindeutig zu beantworten. Machtpolitische Gegensätze und Rivalitäten, Wettstreit sowie innenpolitische Probleme sind als Gründe zu nennen. Hinzu kommt die mangelnde Bereitschaft der am Krieg beteiligten Staaten, zum Erhalt des Friedens ihre Interessen zurückzustellen. In geheimen Verträgen legten die jeweiligen Verbündeten im Laufe des Krieges ihre Ziele fest und trafen Entscheidungen, die zum Teil noch bis in die Gegenwart fortwirken.



Generaloberst, später Generalfeldmarschall, von Hindenburg



Wilhelm II. (Mitte) mit Hindenburg (links) und Ludendorff 1917, Lagebesprechung im Großen Hauptquartier

Alliierte
Großbritannien, Frankreich und Russland verpflichteten sich 1914 vertraglich, keinen Separatfrieden zu schließen. In der Folgezeit fanden mehrere Konferenzen über die militärische Kooperation der Staaten statt. 1915 sicherten Großbritannien und Frankreich Russland den Besitz Konstantinopels (heute Istanbul) und der dortigen Meerengen zu. 1915 erhob Großbritannien Anspruch auf den größten Teil der deutschen Kolonien in Afrika und Frankreich forderte Elsass-Lothringen zurück. Im

kes-Picot-Abkommen von 1916 vereinbarten Großbritannien und Frankreich die Aufteilung der asiatischen Türkei. Die Vereinbarung stand im Gegensatz zu den Versprechungen, die Briten den Arabern und Juden machte. Ein Geheimabkommen zwischen Frankreich und Russland gab Letzterem das Recht, seine Westgrenze nach Belieben festzulegen. Frankreich wurde unter anderem die Bildung eines neutralen Staates aus den linksrheinischen deutschen Gebieten zugesagt.

Mittelmächte
Deutsche Kriegsziele waren:

- Die militärische, wirtschaftliche und politische Kontrolle Belgiens durch Annexion von Teilen des belgischen Staatsgebietes.
- Eine wirtschaftliche Einheit Mitteleuropas unter Einbeziehung von „Pufferstaaten“ wie Polen und Einflussphären wie Rumänien.
- Die Vergrößerung des Kolonialbesitzes.
- Die Beseitigung der britischen Herrschaft von Marokko bis Indien durch das Auslösen von Aufständen.
- Ein Sonderfrieden mit Russland.
- Österreich-Ungarns Interesse richtete sich in erster Linie auf Gebietsverweiterungen im Südosten: Serbien, Montenegro, Rumänien.

Die Welt im Ersten Weltkrieg



Propaganda

Die Wahrheit als Opfer
Wichtigste Bestandteile der psychologischen Kriegsführung sind Zensur und Propaganda. Damit ist es möglich, die Wahrnehmung des Geschehens von der Realität so weit zu lösen, dass in den Köpfen das jeweils gewünschte Bild entsteht. Dieses muss grundsätzlich das eigene Handeln als notwendig und gerecht, das des Feindes als ungerechtfertigt darstellen. Im Ersten Welt-



Deutsche Propaganda: Der Engländer, Grafik von Franz Reinhardt, 1915



krieg entwickelte sich die Propaganda im Kontext der industriellen Massengesellschaft ebenfalls zu einer Materialschlacht. Die kriegführenden Staaten intensivierten ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht im Verlauf des Krieges und nutzten die inzwischen verfügbaren technischen Mittel und Werbemethoden. Die Alliierten waren den Mittelmächten dabei deutlich überlegen.



Deutsche Propaganda: Der Franzose, Grafik von Franz Reinhardt, 1915



Das Bild des deutschen Soldaten in der französischen Kriegspropaganda

Unterschiedliche Methoden

Die Alliierten begründeten in ihren Veröffentlichungen ihren Kriegseinsatz mit dem brutalen Vorgehen der Deutschen. Die Betonung der Grausamkeit der deutschen Soldaten sollte der eigenen Bevölkerung die Notwendigkeit des Kriegs immer wieder vor Augen führen. Die deutsche Propaganda stellte hingegen oft das Selbstbild der Deutschen als überlegen Kulturvolk heraus, das noch im Krieg seine Feinde gerecht behandelte. Auch in den für das feindliche Ausland gedachten Schriften erschien dieses Bild. Deutschland als unschuldiges Opfer, das eben aufgrund seiner Überlegenheit angegriffen wurde.

Inhalte

Die französische, britische und später auch die amerikanische Kriegspropaganda stellte die Deutschen als eine gefräßige, gewalttätige, grobschlächtige und militarische „Rasse“ dar. Insbesondere Frankreich verbreitete das Bild der „boches“ als mordlüsterne Barbaren; in Großbritannien bezeichnete man sie als „Huns“ – Hunnen. Die deutsche Propaganda fand in England, dem „perfiden Albion“, ihr Hauptfeindbild. Die Engländer wurden als „Händler“ und „Kramseelen“, als traurige, unsportliche Gestalten verspottet.

Beide Abbildungen: Das Bild des deutschen Soldaten in der französischen Kriegspropaganda



„Heimatfront“



Kriegsmüdigkeit
Im Jahr 1914 gingen alle beteiligten Staaten von einer kurzen Dauer des Krieges aus. Die deutschen Soldaten zogen mit der Zuversicht ins Feld, spätestens Weihnachten wieder zu Hause zu sein. Doch sehr bald erwies sich diese Annahme als Irrtum. Mit zunehmender Dauer des Krieges entstanden Versorgungsschwierigkeiten, die Rüstungsproduktion hatte oberste Priorität. Mit dem Ende 1916 entstandenen „militärischen Gleichgewicht“ schwanden alle Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende.

Britische „Strategen“: Lord Kitchener und Lord Haldane

Politik und Gesellschaft

In den kriegführenden Staaten wuchs die Kritik – auch der Parlamente – an den Regierungen und löste Krisen aus. In Großbritannien stürzte 1916 die liberale Regierung. Ein sogenanntes Kriegskabinett unter Premierminister David Lloyd George wurde gebildet. In Frankreich führten Streiks in der Metallindustrie zu einer Meuterei, an der sich 16 Armee Korps beteiligten. Der Aufstand wurde niedergeschlagen und eine neue Regierung gebildet. Ministerpräsident Georges Clemenceau regierte mit harter Hand und schuf so die Voraussetzungen für den französischen Sieg. Österreich-Ungarn erschütterte 1916 der Tod Kaiser Franz Josephs. Den Autonomiebestrebungen der Tschechen und Südslawen wollte sein Nachfolger Karl I. mit einer Versöhnungspolitik begegnen, die aber scheiterte. In Deutschland führte der Streik um eine demokratische Umgestaltung der Reichsverfassung zu heftigen innenpolitischen Kämpfen.

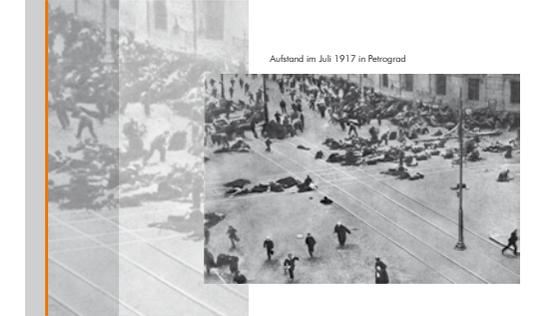
Frankreichs Kriegsheld General Foch und Ministerpräsident Georges Clemenceau



Revolution in Russland

Militärische Erfolglosigkeit, die Dauer des Krieges und Ernährungsprobleme lösten im Februar 1917 in Petersburg – Petrograd – eine Revolution aus, der sich auch mehrere Truppenteile anschlossen. Eine Übergangsregierung wurde gebildet, Zar Nikolaus II. wollte den Krieg weiterführen, dankte aber im März ab. Im April gelangte der kommunistische Politiker und Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin aus dem Schweizer Exil mit deutscher Hilfe nach Russland. Er propagierte die Errichtung einer Sowjetrepublik. Nach politischen Unruhen und weiteren militärischen Rückschlägen kam es zur sogenannten Oktoberrevolution und am 5. Januar 1918 folgte die Proklamation Russlands zur demokratisch-föderativen Republik.

Der Kommunist und Revolutionär Wladimir Iljitsch Ulanow nannte sich Lenin



Aufstand im Juli 1917 in Petrograd



14/18 – mitten in Europa

Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen für das 21. Jahrhundert

3 | Deutschland im Krieg

Begeisterung und Skepsis

Verteidigungskrieg
Die öffentliche Meinung in Deutschland sah den Ersten Weltkrieg überwiegend als Verteidigungskrieg. Es galt als patriotische Pflicht, ins Feld zu ziehen und für die gerechte Sache, für das Vaterland zu kämpfen und zu sterben. Sicher gab es in allen gesellschaftlichen Gruppen auch skeptische und sogar mahnende Stimmen. Aber besonders in der Anfangszeit des Krieges überwog eine nationalstische, zuweilen euphorische Haltung. Einige sahen den Krieg sogar als Möglichkeit, dem faden Alltagsleben zu entkommen. „Krieg ist wie Weihnachten und eine Chance zur Selbstverwirklichung“ (ein deutscher Offizier 1914). Die Realität in den Schützengräben sah anders aus.



Deutsche Einberufene und Freiwillige auf dem Weg zum Kriegsdienst



So sah die Realität an der Westfront aus: ein gestürmter Hohlweg bei Bapaume an der Somme. Im Hintergrund die durch Artilleriebeschuss zerstörte Landschaft

Burgfrieden

Der Ansicht, Deutschland sei zum Kampf gezwungen worden, entsprach die Politik des Burgfriedens. Am 4. August 1914 stimmten alle im Reichstag vertretenen Parteien der Aufnahme von Kriegskrediten zu. Für die Dauer des Krieges sollten alle gesellschaftlichen Konflikte ausgeklammert sein. Die Parteien verpflichteten sich, keine Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit auszutragen und auf jede Opposition gegenüber der Regierung zu verzichten. Kaiser Wilhelm II. sagte, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Schon am 2. August hatten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Einstellung aller Streitigkeiten für die Kriegsdauer vereinbart.

Sichtweisen

Im Gegensatz zu der These vom Verteidigungskampf standen die auf Expansion ausgerichteten Bestrebungen verschiedener Lobbygruppen in Deutschland. Der Alldoische Verband und der Flottenverein gehörten zu ihnen. Nicht zuletzt durch ihren Einfluss hatte die wilhelminische Außenpolitik zunehmend eine nationalstische und aggressive Grundhaltung angenommen. Die in Deutschland vorherrschende – irreal – Sichtweise des Krieges veranschaulicht ein Anfang Oktober 1914 veröffentlichter Aufruf „An die Kulturwelt“, den 93 namhafte Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller unterzeichneten. Darin wurde jegliche Kritik des Auslands an der deutschen Kriegsführung zurückgewiesen und unter anderem abgebeten, dass Deutschland die belgische Neutralität verletzt habe.

Linke Abbildung

Tausende deutsche Hochschullehrer unterzeichneten 1914 diese Erklärung. Auch sie waren überzeugt, Deutschland sei angegriffen worden

Rechtes Bild

Schützleute kleben Plakate mit Einberufungsterminen, 1914



Sozialdemokratie und Arbeiterschaft



Granatengießerei in den Krupp-Werken

Die Spaltung der SPD

Die SPD-Fraktion im Reichstag stimmte geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite. Eine Minderheit von 14 Abgeordneten, darunter Karl Liebknecht, hatte dies nur aus Gründen der Fraktionsdisziplin getan. Während der Kriegsjahre vergrößerten sich die Spannungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der SPD. Schließlich entstanden innerhalb der Parteilinken noch einmal zwei Strömungen. Eine kleine Gruppe unter Führung von Liebknecht und Rosa Luxemburg lehnte den Krieg grundsätzlich ab und befürwortete eine Revolution der Arbeiterklasse. Der größere Teil der Linken stellte die deutschen Kriegsziele in Frage, lehnte weitere Kredite ab und verlangte einen Verständigungsfrieden. Nach ihrem Ausschluss aus der Fraktion im März 1916 und aus der Partei Anfang 1917 gründeten 18 SPD-Abgeordnete die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD). Die Gruppe um Liebknecht und Luxemburg schloss sich ihnen an.



Linkes Bild
Karl Liebknecht



Rechtes Bild
Rosa Luxemburg

Uten

Aufruf zum Generalstreik, 1917



Die Gewerkschaften und der Burgfrieden

Auch die Gewerkschaften sahen den Burgfrieden zunehmend skeptischer, je länger der Krieg dauerte. Die Frage wurde laut, ob der Burgfrieden nicht nur den Unternehmen nütze. Die immer schlechter werdende Versorgungslage, die schwierigen Arbeitsbedingungen verstärkten die Unzufriedenheit. Gerade jugendliche Arbeiter waren es, die im Frühjahr 1916 erste Streikaufrufe erarbeiteten. Die Inflation und Verunsicherung Liebknechts 1916 löste weitere Aufrufe aus, insbesondere zur Jahreswende 1917/18 fanden massive Streiks für einen „gerechten Frieden“ statt.

Rechte Abbildung

Hindenburg: Streiks schwächen Verteidigungskraft

Uten

Antwort des Armeekommandos auf einen Streikaufruf



Antisemitismus



Linkes Bild
Der Großindustrielle
Walther Rathenau



Rechtes Bild
Der Bankier Max Warburg

Glaubensfragen und Patriotismus

Die Reichsgründung von 1871 verschaffte den Deutschen jüdischen Glaubens die Gleichberechtigung. Trotzdem blieben sie in Deutschland Staatsbürger zweiter Klasse. In der Teilnahme am Ersten Weltkrieg, als Soldaten oder durch Militärdienste, sahen sie eine Chance, die angestrebte Assimilation voranzutreiben. Der Verband der Deutschen Juden und der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veröffentlichten am 1. August 1914 folgenden Aufruf: „Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen. Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle – Männer und Frauen – stellt Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Herabgabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“

Staatbürger jüdischen Glaubens veröffentlichten am 1. August 1914 folgenden Aufruf: „Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen. Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle – Männer und Frauen – stellt Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Herabgabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“



Der Chemiker und
Nobelpreisträger Fritz Haber

Akteure der Kriegswirtschaft

Unter dem Eindruck des Krieges mussten sich auch notorische deutsche Antisemiten zurückhalten. Juden blieben nicht mehr nur Objekte der Politik, sondern wandelten sich zu Akteuren. Etliche von ihnen hatten erheblichen Anteil an der Organisation der Kriegswirtschaft. Dazu gehörten der Großindustrielle Walther Rathenau, der Reeder Albert Ballin, der Bankier Max Warburg und der Nationalökonom Julius Hirsch. Der Chemiker Fritz Haber entwickelte die Ammoniaksynthese, die für die Sprengstoffproduktion nötig war, und die technischen Verfahren zur Giftgasherstellung.

Kriegswirtschaft



Gold gab ich für Eisen

Mit diesem Werbespruch wurden die Deutschen aufgefordert, Gold und Schmuck zur Finanzierung des Krieges zu spenden. Dafür erhielten sie Schmuck aus Eisen. Gold und Silber waren als Rohstoffe wichtig für den Devisenhandel und damit für die Kriegswirtschaft. Mit der Werbeaktion verband sich zugleich eine Art sozialer Kontrolle. Wer Schmuck zurückbehielt und sich damit sehen ließ, galt als unpatriotisch.

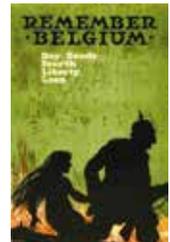
Spende für den Krieg, ein Goldschmied aus Friedenszeiten dient als Sammelbüchse

Kriegsanleihen

Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland deckten ihre Kriegskosten im Wesentlichen durch Kriegsanleihen ab – Kredite, die jedermann dem Staat gewähren konnte. Das Deutsche Reich legte von 1914 bis 1918 insgesamt neun Kriegsanleihen auf. Diese brachten 98 Milliarden Reichsmark ein, was ungefähr 60 Prozent der deutschen Kriegskosten entsprach. Die Kriegsanleihen begleitete jeweils ein erheblicher Werbeaufwand. Die betreffenden Plakate und Annoncen gestalteten oft namhafte Künstler.



Werbeplakat für die sechste Kriegsanleihe März 1917, Fritz Erler



Auch die USA legten Kriegsanleihen auf. Werbeplakat von 1918 mit Bezug auf deutsche Kriegsverbrechen in Belgien

Arbeitskräfte

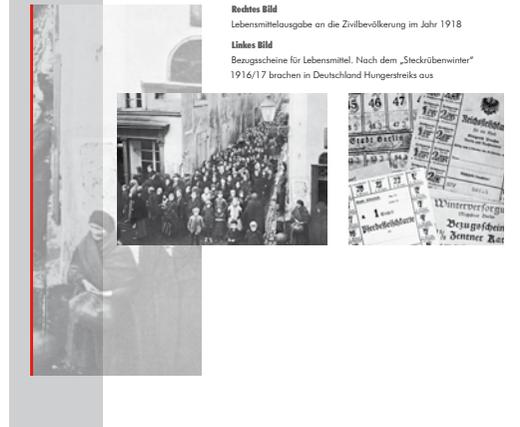
Der Abzug von Arbeitskräften für den Fronteinsatz und die kriegswichtige Produktionssteigerung führten schnell zu Personalmangel in der deutschen Wirtschaft. Zum Ausgleich wurden Frauen, aber, in steigendem Maße, auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt. In den Jahren 1916 und 1917 liefen die deutschen Behörden allein rund 61.000 Belgier als Arbeitskräfte nach Deutschland verschleppen. Während des Krieges mussten insgesamt 2.520.983 Gefangene für die deutsche Industrie und Landwirtschaft arbeiten. Viele der schlechteren als die deutsche Bevölkerung ernährten Gefangenen überlebten den Krieg nicht.

Hunger

Im Jahr 1915 führte Deutschland die Rationierung und Zwangsbeschaffung von Nahrungsmitteln ein. Ihren Höhepunkt erreichten die Versorgungsschwierigkeiten im Winter 1916/17. Aus Mangel an Arbeitskräften konnten viele Agrarflächen nicht bewirtschaftet werden. Die Kartoffelernte lag nur bei 50 Prozent des durchschnittlichen Ertrags. Als Ersatz gab man rationierte Kohl- oder Steckrüben aus. Eine Seeblockade durch die britische Marine machte Importe weitgehend unmöglich. Im Sommer 1917 standen den Deutschen pro Kopf täglich etwa 1.000 Kalorien zur Verfügung. Der Bedarf lag bei 2.280. Zwischen 1914 und 1918 starben in Deutschland mehr als 700.000 Menschen an Hunger und Unterernährung.

Rechtes Bild
Lebensmittelausgabe an die Zivilbevölkerung im Jahr 1918

Linkes Bild
Bezugsheine für Lebensmittel. Nach dem „Steckrübenwinter“ 1916/17 brachen in Deutschland Hungerstreiks aus



Flugblatt des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten von 1920





14/18 – mitten in Europa

Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen für das 21. Jahrhundert

4 | Menschen im Krieg

Soldaten

Kontakt zur Heimat

Die Feldpost war die einzige Möglichkeit der Frontsoldaten, die Verbindung zur Heimat aufrechtzuerhalten. Auch heute noch bewahren viele Familien Feldpostkarten aus dem Ersten Weltkrieg auf. Die Motive – offizielle Fotografien – zeigen zumeist ein positives Bild vom Krieg. Die Mitteilungen der Soldaten an ihre Angehörigen unterlagen der Zensur der Militärbehörden. Sehr wichtig waren die Pakete aus der Heimat an die Front mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken. Auch Firmen sandten diese „Liebesgaben“ an ihre eingezogenen Mitarbeiter.



Feldpostkarte Weihnachten in Ost Galizien, 1915



Verbrüderung zwischen deutschen und russischen Soldaten nach der Februarrevolution 1918

Über die Fronten hinweg

Auch der grausame industrielle Krieg ließ noch Raum für Menschlichkeit. Das zeigte sich oft an der Hilfe, die Soldaten verwundeten Gegnern zuteilwerden ließen. Ein besonderes Beispiel ist aber der „Weihnachtsfrieden“ von 1914. Am ersten Weihnachtstag 1914 kam es an verschiedenen Frontabschnitten bei Ypern in Flandern zu Verbrüderungen von deutschen mit englischen, französischen sowie belgischen Soldaten. Sie vereinbarten, nicht aufeinander zu schießen, sangen gemeinsam Weihnachtslieder und tauschten Zigaretten, Lebensmittel sowie Andenken. Einige spielten sogar miteinander Fußball. Die Offiziere unternahmen nichts dagegen. Soldatenverbrüderungen sind auch von der Ostfront im Winter 1917/18 bekannt geworden.

Verwundung und Invalidität

Die neuen Waffen im Ersten Weltkrieg verursachten in bisher nicht gekanntem Ausmaß schwerste Verwundungen bei den Soldaten. Von Granatsplittern zerfetzte Gliedmaßen mussten oftmals amputiert werden. Der Anblick von Menschen, denen Arme oder Beine fehlten – manchmal auch beides – gehörte nach dem Krieg zum Alltag. Wer mit dem Leben davorkam, blieb für den Rest seiner

Tage beeinträchtigt und war zumeist kaum noch erwerbsfähig. Als Folge der Kriegsverletzungen entwickelten sich die plastische Chirurgie und die Prothetik erheblich weiter. Die deutschen Kriegsinvaliden erhielten aber nur eine geringe Rente, die zum Leben nicht ausreichte. Wenn sie durch Proteste auf ihre Notlage aufmerksam machten, stellten sie die Frage „Ist das der Dank des Vaterlandes?“

Linkes Bild
Das Elend der Helden von einst – invalider Kriegsteilnehmer

Rechtes Bild
Feldpostkarte Lazarett – der Alltag von Verwundeten, Lazarettenschwestern und Ärzten sah anders aus



Leid und Kriegsverbrechen

Die deutsche Zivilbevölkerung litt in erster Linie unter den kriegsbedingten Versorgungsproblemen. Die Menschen in den Kampfgebieten, in Belgien, Frankreich, in Ostpreußen, auf dem Balkan, an der Ostfront, waren in noch stärkerem Maße vom Krieg betroffen. Die Zerstörung ganzer Dörfer, Verwüstungen in den Städten, Schäden an der Infrastruktur

und, vor allem, der Verlust an Menschenleben sind zu nennen. Die klaren Vorgaben der Haager Konvention von 1907 über die „Gebäude im Landkrieg“ fanden in den Anfangsjahren in den Besatzungsgebieten noch weitgehende Beachtung. Mit zunehmender Dauer des Krieges wurde der Umgang der Besatzer mit der Zivilbevölkerung brutaler.



Eine durch Artilleriebeschuss zerstörte Ortschaft an der Westfront



Britisches Propagandaplatk mit Bezug auf deutsche Kriegsverbrechen in Belgien

Belgien

Der deutsche Einmarsch in das neutrale Belgien führte zu einer Reihe von Kriegsverbrechen an der dortigen Bevölkerung. Als Reaktion auf den Beschluss einer Reiterpatrouille in der Stadt Tamines in Wallonien plünderten deutsche Soldaten viele Häuser, steckten sie in Brand und verübten ein Massaker an 384 Zivilisten. Kurze Zeit später löste die Angst der Deutschen vor belgischen Freischärlern die Zerstörung der Stadt Löwen aus. Auch hier kam es zu Plünderungen, Brandschätzungen und Morden an der Zivilbevölkerung. Große Teile der Stadt wurden zerstört, unter anderem die Universitätsbibliothek mit unersetzlichen mittelalterlichen Handschriften. Diese Gräueltaten lieferten den Kriegsgegnern der Deutschen reichlich Material für Propagandazwecke.

Osmanisches Reich

In den Jahren 1915 und 1916 kam es unter Verantwortung der türkischen Regierung zu einem Genozid an den Armeniern, damals eine christliche Minderheit im osmanischen Reich. Bei Massakern und Todesmärschen kamen mehrere hunderttausend Menschen ums Leben, die genaue Zahl ist unstritten. Bereits im 19. Jahrhundert hatte es mehrfach Übergriffe auf die Armenier gegeben. Auslöser für die Ereignisse im Ersten Weltkrieg war deren angebliche Parteinahme für Russland. In der Türkei gilt die Deportation der Armenier offiziell heute noch als „kriegsbedingte Sicherheitsmaßnahme“. Logistisch war daran auch das deutsche Militär beteiligt.



Osmanische Soldaten führen eine Gruppe von Armeniern in ein Gefangenlager, 1915

Zivilbevölkerung



Pazifismus

Nach Kriegsbeginn entwickelten sich in mehreren europäischen Ländern neue Friedensorganisationen. In Deutschland hatte die 1892 von Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried gegründete Deutsche Friedensgesellschaft bis Kriegsausbruch vergeblich versucht, die nationalstaatliche Konfrontationspolitik zu korrigieren. Am 16. November 1914 entstand in Berlin der „Bund Neues Vaterland“. Dieser dachte in europäischen Dimensionen und formulierte als wichtigstes Ziel „die direkte und indirekte Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen, um eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen den Kulturvölkern herbeizuführen“.

Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete 1917 in Stockholm auf dem Weg zu einem internationalen Sozialistenkongress, rechts Friedrich Ebert

Internationalismus

Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten den Internationalismus als parteipolitisches Organisationsprinzip für den Bund der Kommunisten und die Internationale Arbeiterassoziation. Nach deren Spaltung und späteren Auflösung entstanden mehrere Nachfolgeorganisationen. 1889 kam es zur Gründung der Sozialistischen

Pazifisten



Die Pazifistin Bertha von Suttner



Der Pazifist Alfred Hermann Fried



„Krieg dem Kriege“

Der deutsche Antimilitarist und Pazifist Ernst Friedrich veröffentlichte 1924 ein Buch mit dem Titel „Krieg dem Kriege“. Mit vielen Fotos von verwundeten und grauenvoll verstümmelten Soldaten zeigte er darin das wahre Gesicht des Krieges. Um die Wirkung zu erhöhen, kombinierte Friedrich die Bilder mit Zitaten von ranghohen deutschen Militärs, so den Ausspruch Hindenburgs: „Der Krieg bekommt mir wie eine Bodekur“. Friedrichs Buch, das schnell zur „Bibel“ aller Pazifisten wurde, erschien viersprachig – auf Deutsch, Französisch, Englisch und Niederländisch.

Gedenktafel für den Pazifisten Ernst Friedrich in Berlin



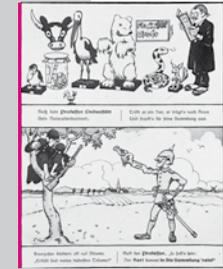
Künstler

Für oder gegen den Krieg?

In sehr unterschiedlicher Weise sahen und erlebten viele Künstler den Ersten Weltkrieg. Dieser fiel in eine ausgesprochen vitale Phase der Kunst in Europa und beeinflusste diese wiederum stark. Viele Avantgardisten zogen mit großer Begeisterung in den Krieg und hofften auf Inspiration. Der Maler Franz Marc erwartete vom Krieg „Reinigung und Erneuerung“. Ein tödlicher Irrtum. Einige Künstler brachten schon Jahre vor Kriegsausbruch apokalyptische Vorahnungen zum Ausdruck. Andere glorifizierten den Kampf und sahen sich nach ihrer Einberufung rasch ermüdet. Viele, die den Krieg überlebten, erholten sich psychisch nicht mehr davon.



F. A. von Kaulbach: Deutschland August 1914. Die „Germania“ verkörpert Deutschlands Kampfvereitschaft zu Beginn des Ersten Weltkrieges



Aus dem Buch „Das Volk steht auf... Deutsche Verse mit Bildern für deutsche Kinder“ von 1915, Zeichnungen von Paul Simmel

Krieg und Kunst

Neben der künstlerischen Verarbeitung von Kriegserlebnissen stand der Dienst der Kunst für den Krieg. Maler und Grafiker waren damit befasst, Plakate zu entwerfen, die Kriegsfreiwillige anwerben oder die Zivilbevölkerung zur Zeichnung von Kriegsanleihen auffordern sollten. Hinzu kam der Bedarf an – mehr oder weniger – künstlerischen Darstellungen für Propagandazwecke. Einige Literaten arbeiteten auch in den militärischen Zensurbüros mit und entgingen so dem Dienst an der Front. Für etliche Künstler, die mit der Kriegspolitik nicht einverstanden waren oder die man aufgrund ihrer Ansichten verfolgte, wurde die neutrale Schweiz zum Zufluchtsort für die Dauer des Krieges.

Der Krieg und die Literatur

Der erste Weltkrieg ist Gegenstand einer Vielzahl literarischer Werke. Auf nationalstaatliche und damit kriegsvorbereitende Schriften folgte schon in den ersten Kriegsmonaten eine Welle von Kriegsliteratur, die über ganz Europa hereinbrach. Darunter waren sicher etliche Ereignisberichte von zweifelhafter Qualität, einerlei ob Prosa oder Lyrik. Der schriftstellerische Umgang mit dem Ersten Weltkrieg in Deutschland wandelte sich im Laufe der Zeit. Bis Anfang der 1920er Jahre standen noch Schriften im Vordergrund, die das Kriegserleben

undifferenziert und teilweise verherrlichend wiedergaben. Darauf folgten zunehmend kritischere Auseinandersetzungen mit dem Kriegsaltag und der deutschen Politik des Kaiserreiches. Etliche davon fielen später der nationalsozialistischen Bücherverbrennung zum Opfer.

Literaturzitat

Erich Maria Remarque: Im Westen nichts Neues
„Die Nacht ist unerträglich. Wir können nicht schlafen, wir stieren vor uns hin und duseeln. Tapen bedauert, daß wir unsere angefressenen Brotstücke für die Ratten vergeudet haben. Wir hätten sie ruhig aufheben sollen. Jeder würde sie jetzt essen. Wasser fehlt uns auch, aber nicht so sehr. Gegen Morgen, als es noch dunkel ist, entsteht Aufregung. Durch den Eingang stürzt ein Schwarm flüchtender Ratten und jagt die Wände hinauf. Die Taschenlampen beleuchten die Verwirrung. Alle schreien und fluchen und schlagen zu. Es ist der Ausbruch der Wut und der Verzweiflung vieler Stunden, der sich entlädt. Die Gesichter sind verzerrt, die Arme schlagen, die Tiere quietschen, es fällt schwer aufzutreten, fast hätte einer den andern angefallen.
Der Ausbruch hat uns erschöpft. Wir liegen und warten wieder. Es ist ein Wunder, daß unser Unterstand noch keine Verluste hat. Er ist einer der wenigen tiefen Stollen, die es jetzt noch gibt.“





14/18 – mitten in Europa

Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen für das 21. Jahrhundert

5 | Nach dem Krieg

Friedensschlüsse und Verträge



Die „Vierzehn Punkte“

Am 8. Januar 1918 verkündete der amerikanische Präsident Wilson die „Vierzehn Punkte“, einen Plan zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung. Dieser Plan sah unter anderem die Abschaffung der Geheimdiplomatie, Rüstungsbeschränkungen, die Wiederherstellung territorialer Integrität und die Gründung eines Völkerbundes vor.

Der amerikanische Präsident Wilson (links) im Jahr 1917

In einem Eisenbahnwagen im Wald von Compiègne wurde die Waffenstillstands-erklärung unterzeichnet – nicht von deutschen Militärs, sondern von Politikern



Der Zusammenbruch der Mittelmächte

Trotz separater Friedensschlüsse der Mittelmächte mit der Ukraine am 9. Februar, mit Russland am 3. März in Brest-Litowsk sowie mit Rumänien am 7. Mai 1918 in Bukarest erklärte die deutsche Oberste Heeresleitung im August die Fortsetzung des Krieges für aussichtslos: Entscheidend hierfür war die materielle Überlegenheit der Gegner an der Westfront. Am 3. Oktober sandte die deutsche Regierung ein Waffenstillstandsangebot an Wilson auf der Grundlage der „Vierzehn Punkte“. Am folgenden Tag schloss sich Österreich-Ungarn dem Angebot an.



Unterschriften unter der Waffenstillstands-erklärung vom 11. November 1918

Kriegsende 1918

Im Herbst 1918 vereinbarten die Mittelmächte und die mit ihnen verbündeten Staaten Waffenstillstände mit den Alliierten und den USA:

Bulgarien	30. September
Türkei	30. Oktober
Österreich-Ungarn	3. November
Deutschland	11. November

Die Pariser Vorverträge

Am 18. Januar 1919 begann in Paris eine Friedenskonferenz der Siegermächte ohne Vertreter der besiegten Nationen. Im Verlauf der Verhandlungen traten die von Wilson proklamierten „Vierzehn Punkte“ zugunsten der in Geheimverträgen der Entente festgelegten Kriegsziele immer mehr zurück. Bis August 1920 wurden in verschiedenen Pariser Vorverträgen Friedensverträge mit den unterlegenen Staaten geschlossen.



Die deutsche Delegation in Versailles 1919

Friedensverträge 1919–1920

28. Juni 1919	Vertrag von Versailles – Deutschland
10. September 1919	Vertrag von St. Germain-en-Laye – Österreich
27. November 1919	Vertrag von Neuilly – Bulgarien
4. Juni 1920	Vertrag von Trianon – Ungarn
10. August 1920	Vertrag von Sèvres – Türkei

Usten

Die Friedenskonferenz von Paris. Am 7. Mai 1919 legte Ministerpräsident Clemenceau den Entwurf des Versailler Vertrages vor. Die deutsche Delegation protestierte sofort gegen Artikel 231, der Deutschland und seinen Verbündeten die Kriegsschuld zuschrieb.



Die europäische Nachkriegsordnung

Vertragsinhalte

Die Bestimmungen der Pariser Vorverträge hatten weitreichende territoriale, wirtschaftliche und politische Konsequenzen. Deutschland musste unter anderem Teile seines Staatsgebietes abtreten, auf seine Kolonien verzichten, große Sachwerte abliefern und umfangreiche Reparationszahlungen leisten. Das Habsburger Reich wurde aufgelöst. Österreich hatte die Selbst-

ständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anzuerkennen. Bulgarien erlitt territoriale Verluste, Ungarn und die Türkei ebenfalls. Große Teile des ehemaligen Osmanischen Reiches wurden Interessengebiete Frankreichs und Großbritanniens. Letzteres erhielt auch den Irak und Palästina zugesprochen – Weichenstellungen, die bis in die Gegenwart fortwirken.



Übergabe der Garde-Ulanen-Kasernen in Berlin an die Arbeiter- und Soldatennrat

Systemwechsel

Nach der Oktoberrevolution von 1917 und der Proklamation der Sowjetrepublik Anfang 1918 entwickelte sich Russland zu einem nationalkommunistischen Staat. In Deutschland folgte auf die Meuterei der Hochseeflotte in Wilhelmshaven am 29. Oktober ein Matrosenaufstand in Kiel am 4. November 1918. Dieser zeigte bereits revolutionäre Tendenzen. Am 9. November verzichtete Wilhelm II. auf den Thron und begab sich ins Exil in die Niederlande. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die Republik aus und der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert übernahm die Regierungsgeschäfte. Gleichwohl bildeten sich überall Arbeiter- und Soldatennräte, die teilweise radikale Positionen vertraten. Die Errichtung einer Räterepublik nach russischem Vorbild schien nicht ausgeschlossen, wurde aber letztendlich von den demokratischen Kräften verhindert. Auch in Österreich stürzte eine Revolution die Monarchie und führte zur Bildung der Republik.



Linkes Bild Verpflüchtung zur Abrüstung: Gewehre werden zerstört
Rechtes Abbildung Proklamation der Volksbeauftragten, 1918



Der Weg in den Zweiten Weltkrieg

Die Weimarer Republik

Die erste Republik auf deutschem Boden, ausgestattet mit einer freiheitlichen Verfassung, scheiterte an permanenten Angriffen der Rechten und Linken sowie an mangelnder Unterstützung durch die bürgerliche Mitte. Große Teile der Bevölkerung befanden sich in einer fortwährenden Notlage und waren damit empfänglich für politische Propaganda und radikales Gedankengut, zumal niemand die Kriegsschuld anerkennen wollte. Zwar konnten die ungeheuren Reparationsverpflichtungen auf dem Verhandlungsweg vermindert werden, aber auch das stabilisierte die Republik nicht dauerhaft.



Die politische Auseinandersetzung fand auch auf der Straße statt: Demonstration der USPD in Berlin, 1920



Linkes Bild Deutscher Widerstand im Ruhrkampf, 1923



Rechtes Bild Französische Soldaten im Ruhrgebiet, 1923



Geldscheine und Briefmarken aus der Inflationszeit

Inflation und Ruhrkampf

Die desolote wirtschaftliche Lage, Kriegsschulden und Reparationsverpflichtungen beschleunigten 1922 in Deutschland den Verfall der Währung. 1923 erreichte die Inflation ihren Höhepunkt und der US-Dollar den Wert von 4,2 Billionen Papiermark. Dann setzten die Einrichtung der Deutschen Rentenbank und die Einführung der Rentenmark der Geldentwertung ein Ende. Trotz der wirtschaftlichen Probleme bestanden die Siegermächte auf Einhaltung der deutschen Verpflichtungen und reagierten 1923 mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch belgische und französische Truppen auf entstandene Zahlungsrückstände. Die Reichsregierung versuchte, der Besetzung mit passivem Widerstand zu begegnen, allerdings ohne Erfolg. Doch eine Folge von Inflation und Wirtschaftskrise war, schließlich auf die Herabsetzung und Neugestaltung der Reparationsleistung hinwirken zu können.

Radikalisierung und Nationalsozialismus

Nach Ende der Inflation verbesserte sich die Situation in Deutschland. Doch die mit dem „Schwarzen Freitag“, dem Zusammenbruch der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929, einsetzende Weltwirtschaftskrise beendete faktisch die parlamentarische Phase der Weimarer Republik und bereitete den Boden für eine weitere politische Radikalisierung. In den Jahren 1930 bis 1933 griffen die Kabinette immer häufiger auf die Unterstützung des Reichspräsidenten zurück und regierten mit Notverordnungen. Ab 1932 bestand eine reine Präsidialregierung. Im Juli 1932 wurde die NSDAP stärkste Kraft im Reichstag. Im Januar 1933 stand Adolf Hitler an der Spitze einer Koalitionsregierung. Die Nationalsozialisten beseitigten in der Folgezeit die Republik und etablierten das „Führerprinzip“ in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die nationalsozialistische Diktatur führte direkt in den Zweiten Weltkrieg.



Anstehen um Unterstützung, Arbeitslose in Hannover während der Weltwirtschaftskrise im Frühjahr 1932

Für den Weltfrieden



Das Komitee zur Vorbereitung der Völkerbundsgründung bei seiner ersten Sitzung, 1920

Für den Weltfrieden

Der Völkerbund

Die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz nahm am 28. April 1919 die Satzung des Völkerbundes an. Am 28. Juni folgte die Unterzeichnung der 26 Artikel durch die Gründungsstaaten; die Satzung wurde Bestandteil des Versailler Vertrages. Im Januar 1920 nahm der Völkerbund in Genf die Arbeit auf. Als Weltorganisation freier Völker diente der Bund der Sicherung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. An die Stelle einzelstaatlicher Gewaltpolitik sollte die kollektive Gewaltanwendung aller Staaten gegen einen Aggressor treten. Der Völkerbund erfüllte diese Aufgaben nicht und wurde 1946 aufgelöst. Schon im Juni 1945 waren die Vereinten Nationen – UNO – als neue Weltorganisation ins Leben gerufen worden.

Die Montanunion – Keimzelle der Europäischen Union

Am 9. Mai, dieses Datum wird inzwischen jährlich als Europatag gewürdigt, präsentierte der französische Außenminister Robert Schuman die Idee zur Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – auch Montanunion genannt. Jean Monnet, ein enger Vertrauter Schumans, hatte den Gedanken entwickelt. Dem Vertrag von Paris über die Bildung der EGKS vom 18. April 1951 schlossen sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten an. Er trat am 23. Juli 1952 in Kraft, sah für die Dauer von 50 Jahren die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für die Montanindustrie vor und beinhaltete die Schaffung verschiedener Institutionen. Damit war der Grundstein gelegt für eine Entwicklung, die zur Bildung der Europäischen Union (EU) führte.



Linkes Bild Unterzeichnung des Vertrages zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Paris
Rechtes Bild Jean Monnet (links) und Robert Schuman

Die Europäische Union

Der Initiative von Monnet und Schuman lag der Gedanke zugrunde, dass die gemeinsame Kontrolle über die kriegswichtigen Rohstoffe Kohle und Stahl der Garant für ein friedliches Zusammenleben der europäischen Staaten sein könne. Diese Lehre zogen beide Franzosen, wie auch ihr Mitstreiter Bundeskanzler Konrad Adenauer, aus den in den Weltkriegen gemachten Erfahrungen. Einige Meilensteine der weiteren europäischen Integration sind die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU, die Unterzeichnung des Friedensabkommens von Aachen 1957 (Römische Verträge), die erste allgemeine Direktwahl des Europaparlaments 1979, das Schengener Übereinkommen von 1985 zur Abschaffung der Grenzkontrol-

len zwischen den Mitgliedsstaaten und die Vollendung des Binnenmarktes 1992. Der Maastrichter Vertrag von 1993 (2009 modifiziert durch den Vertrag von Lissabon) schuf die EU, der inzwischen 28 Staaten angehören. „Nationalismus bedeutet Krieg“ hat François Mitterand erkannt und setzte sich daher auch für die europäische Integration ein. Diese hat sich tatsächlich zu einem Friedensgaranten für die beteiligten Staaten entwickelt. Dies bestätigte 2012 die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU. Doch nationalstaatliche Zuständigkeiten aufzugeben, um die Handlungsfähigkeit einer „supranationalen“ Einrichtung zu sichern, stößt bis heute nicht nur auf Zustimmung.



Linkes Bild Ratspräsident Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz (von links) nach der Verleihung des Nobelpreises
Rechtes Die Europaflagge





14/18 – mitten in Europa

Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges und ihre Folgen für das 21. Jahrhundert

6 | Nie wieder Krieg!?

Erinnern kontra Vergessen

Zurück in den Alltag

Viele Kriegsteilnehmer fanden nach 1918 nur schlecht in das Alltagsleben zurück. Auch diejenigen, die nicht als Kriegsverletzte oder Invaliden nach Hause kamen, waren schwer traumatisiert. Hinzu kam die allgemeine Notlage, in der sich die deutsche Bevölkerung nach dem Krieg befand. So verklangen sich allmählich die Erinnerungen an die Gräueltaten des Krieges. Nationalsozialistische und nationalistische Demagogen nutzten die Situation, um ihre Vorstellungen von Revanche zu verbreiten, die Menschen zu radikalisieren und auf einen neuen Krieg einzustimmen. In konservativen und nationalistischen Kreisen verbreitete sich die „Dolchstoßlegende“. Demnach war das deutsche Heer bis zum Schluss unbesiegt geblieben und nur die mangelnde Unterstützung aus der Heimat hatte zur Niederlage geführt. Als Sündenböcke dienten dabei die Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter.



In der Zeit der NS-Diktatur hieß der Volksvertrag, dessen Begehung der Volksbund zur Ehrung der Gefallenen 1919 angeregt hatte, „Heldengedenktag“

Kriegsgräber und Mahnmale

Für die Verherrlichung des Krieges und die Verbreitung der „Dolchstoßlegende“ sorgten auch etliche der fast 30.000 Kriegervereine, die es in Deutschland gab. Oft setzten sie sich auch für den Bau von Kriegerdenkmälern ein. Da die meisten Gefallenen in den Kampfgebieten beigesetzt worden waren, erhielten die Denkmäler als Erinnerungsstätten in der Heimat große Bedeutung. Den anfangs zumeist schlicht gehaltenen Mahnmälern folgten im Laufe der 1920er-Jahre aufwendigere, zum Teil kriegerisierende Formen. Die der Arbeiterbewegung nahestehenden Organisationen versuchten, dieser Entwicklung mit dem Aufpruch „Nie wieder Krieg“ entgegenzuwirken, der auch auf einigen ihrer Denkmäler zu finden war.

Einweihung des Marine-Ehrenmals in Laboe, 1936



Verbände

Die Kriegervereine zählten unter anderem die Kameradschaftsvereine sowie die Fürsorge für Kriegsverletzte zu ihren Aufgaben. Der Wahrnehmung humanitärer Aufgaben wie der Unterstützung von Kriegspferden und der Betreuung von Kriegsgräbern nahmen sich aber auch andere Organisationen an. 1917 wurde der „Bund der Kriegsteilnehmer und

Kriegsbeschädigten“ – zuerst Reichsbund, heute Sozialverband Deutschland – gegründet, um die Versorgungsansprüche der Kriegspferden und ihrer Hinterbliebenen durchzusetzen. Etliche der Gründer gehörten der Arbeiterbewegung an. Als Organisation wurde 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ins Leben gerufen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge



Gedenkfeier im Reichstag für die Toten des Ersten Weltkrieges, 1932

Von der Gründung bis 1945

Nach dem Kriegsende 1918 war die Reichsregierung nicht in der Lage, sich um die Soldatengräber im Ausland zu kümmern. Um diesen Zustand zu ändern, wurde am 16. Dezember 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. unter Berufung auf den Versailler Vertrag gegründet. Dieser sah den Erhalt und die Pflege von Kriegsgräbern sowie die Unterstützung damit betrauter Organisationen durch die Regierungen der betreffenden Staaten vor. 1929 bestand der Volksbund bereits aus 133.033, 1943 aus 993.572 Mitgliedern. In der Zeit der NS-Diktatur passte er sich an die Vorgaben der Machthaber an. Die im Jahr 1933 beschlossene neue Satzung bezog neben den Kriegstoten auch die Opfer der gewaltsamen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit, darunter die „Blitzweiger“ des Nationalsozialismus, in die bis 1945 durchgeführte Arbeit des Vereins mit ein.



Französischer Soldatenfriedhof, Verdun

In der Bundesrepublik Deutschland

Auf die Einrichtung einer provisorischen Geschäftsstelle in Oldenburg 1946 folgte am 4. September 1947 die Wiederzulassung des Volksbundes. Er verlegte seinen Sitz 1948 nach Nienburg/Weser und drei Jahre später nach Kassel. Das „Gesetz über die Sorge für Kriegsgräber“, vom Bundestag im Jahr 1952 verabschiedet,

dem Volksbund die Zuständigkeit für Kriegsgräber im Ausland. Die Genfer Konvention schreibt die Pflicht zur Kennzeichnung, Achtung und Pflege von Kriegsgräbern für alle Unterzeichnerstaaten fest. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands entstanden 1991 in den neuen Bundesländern fünf Landesverbände.

Zielsetzungen

„Die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen“ ist der Vereinszweck des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Er ist eine humanitäre Organisation und widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der genannten Aufgabe. Der Volksbund betreut Angehörige der Verstorbenen in Fragen der Kriegsgräberfürsorge, er berät öffentliche und private Stellen, er unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge und fördert die Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten. Sein Leitwort lautet „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“.

ARBEIT FÜR DEN FRIEDEN
TRAVAIL POUR LA PAIX
WERK VOOR DE VREDE
PRACA DLA POKOJU
LAVORO PER LA PACE

Friedhof Ysselstein, Niederlande. Mehr als 30.000 deutsche Kriegstote sind hier begraben



Die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge



Umbettungsarbeiten

Bildung hat Tradition

Der Volksbund begann schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg mit seiner Jugendarbeit. 1953 fand in Lommel/Belgien eine erste internationale Jugendbegegnung statt, die auf Versöhnung und Völkerverständigung ausgerichtet war und zum Vorbild auch für andere Organisationen wurde. In den 1990er-Jahren eröffnete der Volksbund am Rande großer Kriegsgräberstätten Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten in Niederbronn/Frankreich, Lommel/Belgien und Ysselstein/Niederlande, 2005 dann am Golf auf Usedom direkt an der polnischen Grenze.

Kriegsgräberdienst und Vermissten-suche

Seit seiner Gründung hat der Volksbund in 45 Staaten 827 Friedhöfe für 2.500.000 Gefallene und andere Opfer der beiden Weltkriege gebaut. Für ihre Instandhaltung wendet er jährlich etwa 40 Millionen Euro auf. Diese Summe stammt zu 75 Prozent aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, nur zu einem kleineren Teil aus Mitteln der Bundesregierung. Heute, sieben Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges, betreut der Volksbund ungefähr 750.000 Angehörige und beantwortet durchschnittlich 30.000 Anfragen zur Klärung von Schicksalen Vermisster pro Monat. Seit der Grenzöffnung in Osteuropa kann der Volksbund jährlich immer noch 30.000 bis 50.000 Tote bergen. Europaakte mit deutschen Kriegsgräberstätten



Granitblöcke mit Namen der Toten und Vermissten auf einer Kriegsgräberstätte in Russland

Angebote für Schulen

Neben den Jugendbegegnungstagen bietet der Volksbund vielfältige Projektmöglichkeiten in Schulen vor Ort an, ferner Lehrerfortbildungen, Tagungen, Ausstellungen und pädagogische Handreichungen zu unterschiedlichen Themen der Weltkriege und des Nationalsozialismus. Anhand der Recherche von Einzelschicksalen (zum Beispiel von Soldaten, Zwangsarbeitern, Bombenopfern, Kriegsgefangenen) sollen Schülerinnen und Schüler komplexe historisch-politische Kontexte einordnen und verstehen lernen.

Organisation

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge besteht heute aus 16 Landesverbänden. Diese wiederum gliedern sich in 24 Bezirksverbände mit 295 Kreis- und 4.903 Ortsverbänden. Die Zahl der aktiven Mitglieder lag im Jahr 2013 bei 114.098. Schimherr des Volksbundes ist traditionell der Bundespräsident, im Jahr 2014 Joachim Gauck.

Arbeiten an einem Namenszettel zum Gedenken an sowjetische Kriegsgefangene

Arbeiten an einem Namenszettel zum Gedenken an sowjetische Kriegsgefangene



Der Volksbund heute

Workcamps

Arbeit für den Frieden: ehrenamtlich und in den Ferien! Unter dem Motto „Arbeit – Bildung – Begegnung“ finden jährlich 60 Workcamps in 15 europäischen Staaten statt. Rund 2.000 Jugendliche und junge Erwachsene pflegen Gräber, befassten sich mit Geschichte, leben Völkerverständigung und bauen Vorurteile ab.

Bundeswehr und Gräberpflege

Ewa 80 Bundeswehr- und Reservistengruppen arbeiten jedes Jahr auf Kriegsgräberstätten im In- und Ausland. Sie setzen diese instand und führen auch aufwendige Bau- und Reparaturarbeiten durch. Außerdem besichtigen die Soldaten Museen und Gedenkstätten, informieren sich über die Geschichte und die Kultur des Gastlandes. So tragen auch aktive Soldaten der Bundeswehr und Reservisten zur europäischen Verständigung bei.



Aktion „Rote Hand“ gegen den Einsatz von Kindersoldaten

Pflegepatenschaften

Der Volksbund unterstützt Städte und Gemeinden, indem er Pflegepatenschaften für Kriegsgräberstätten vermittelt oder anregt. Bundeswehr, Vereine, Reservisten-, Feuerweh- oder Schützenkameradschaften, Schulen und andere Institutionen übernehmen leichte Pflegearbeiten, führen aber auch aufwendigere Instandsetzungsarbeiten auf dem zivilen Friedhöfen aus. Sie beschäftigen sich mit der Geschichte ihrer Heimat und tragen dadurch zum Gedenken an die Toten bei.

Haus- und Straßensammlung

Am Ende jedes Jahres findet die traditionelle Haus- und Straßensammlung des Volksbundes statt. Sie wird getragen von der Bundeswehr, Schulklassen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie vielen anderen ehrenamtlichen Sammlern.



Jugend-Workcamp in Frankreich

Aktion „Rote Hand“ gegen den Einsatz von Kindersoldaten

Kontakt

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Landesverband Niedersachsen
Wedekindstr. 32
30161 Hannover
Telefon: 0511 321282
E-Mail: niedersachsen@volksbund.de
www.volksbund-niedersachsen.de

Kooperationspartner:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Der DGB ist die Dachorganisation von acht Mitgliedsgewerkschaften mit über sechs Millionen Mitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland. Der DGB, als Bund der Gewerkschaften, versteht sich als Stimme der Gewerkschaften und Beschäftigten gegenüber politischen Entscheidungsträgern und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden und koordiniert die gewerkschaftspolitischen Aktivitäten.
www.niedersachsen.dgb.de

NiedersachsenMetall, Verband der Metallindustriellen Niedersachsen e. V.
Der Verband der Metallindustriellen Niedersachsen e. V. – kurz NiedersachsenMetall – ist der Arbeitgeberverband der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie. Als Tarifpartner vertritt NiedersachsenMetall die Interessen von mehr als 300 Unternehmen mit ihren über 115.000 Beschäftigten gegenüber Gewerkschaften, Politik, Presse und Öffentlichkeit. Der Verband ist in allen tarifpolitischen, arbeits- und sozialrechtlichen sowie arbeitswissenschaftlichen Fragen Dienstleister für die Betriebe und Sprachrohr des industriellen Mittelstands in Niedersachsen.
www.niedersachsenmetall.de

Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen

Das EIZ Niedersachsen ist als Teil der Niedersächsischen Staatskanzlei in Hannover Anlaufstelle für Europa-Themen aller Art. Zugleich ist es Teil des Europe Direct-Netzwerkes der Europäischen Kommission mit rund 500 Informationszentren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ziel des EIZ Niedersachsen ist es, den Bürgerinnen und Bürgern (besonders auch Schülerinnen und Schülern) in Niedersachsen Europa und die Europäische Union als Garant für Frieden und Wohlstand in Europa näherzubringen. Zu diesem Zweck hält das EIZ Niedersachsen Informationsmaterial bereit, organisiert Veranstaltungen zu aktuellen Europa-Themen und steht mit einem kompetenten Team für die Beantwortung von Fragen und für Vorträge zu europäischen Themen zur Verfügung.
www.eiz-niedersachsen.de



Linkes Bild: Heldenfriedhof in Cholm, Russland
Rechtes Bild: Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Rhauferden